

MISSION ZERO

Aufruf an alle Führungskräfte in Politik, Verwaltung und Wirtschaft zur Übernahme der Eigen- und Mitverantwortung für die rasche Umsetzung einer ökosozialen und klimagerechten Kreislaufwirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

In Zeiten von Krisen und Umbrüchen ist es eine besondere Herausforderung, die wirklich dringenden und wirklich wichtigen Dinge zu erkennen- und dann die richtigen Schritte zu setzen. Nach einhelliger Meinung der etablierten weltweiten Wissenschaft ist die aktuelle Klimaerhitzung sowie der Verlust der Biodiversität die größte Herausforderung der gesamten Menschheit – und aller Voraussicht die Ursache für weitere Pandemien, Naturkatastrophen und Kriege.

Um ein gutes Leben auch für unsere Kinder und Kindeskiner zu ermöglichen, braucht es den Ausstieg aus der fossilen Energie und den Umbau zu einer ökosozialen und klimagerechten Lebens- und Wirtschaftsweise. Um dafür die Innovationskraft und Dynamik der Wirtschaft zu aktivieren, braucht es eine Planungs- und Investitionssicherheit, welche durch entsprechende Gesetze und Verordnungen abzusichern ist.

Der Gemeinde als kleinste politische Einheit in unserer Demokratie, aber auch den örtlichen Unternehmungen und Organisationen kommt dabei eine besonders wichtige Aufgabe zu: Sie sind die Umsetzer einer Kreislaufwirtschaft vor der Haustüre und direktes Sprachrohr an die Bevölkerung. Es gilt daher, von dieser Basis ausgehend, den politischen Rechtsrahmen für die rasche Transformation zu einer „enkeltauglichen Gesellschaft“ voranzutreiben.

Wir laden sie daher sehr herzlich ein, sich Verbündete zu suchen und folgenden Beschluss für die zukünftige Arbeit in ihrer Gemeinde / in ihrem Betrieb /in ihrer Organisation zu initiieren:

Die Organisation beschließt, sich der Initiative „MISSION ZERO - Klimaneutralität 2040 “ anzuschließen und folgende Punkte so rasch wie möglich umzusetzen:

1. Laufendes Monitoring über die eigenen CO₂ Emissionen, welche durch den Einkauf von Strom, fossilen Energieträgern und Mobilitätsdienstleistungen entstehen
2. Erstellung von einem Fahrplan für die emissionsfreie Betriebsführung bis 2040
 - a. stufenweise energetische Sanierung aller Gebäude
 - b. rascher Ersatz aller fossilen Heizungen auf Basis eines „kommunalen Wärmeplanes“
 - c. Sämtliche geeignete Gebäudeflächen (Dach und Fassade) entweder selber für die Erzeugung von Solarstrom oder Solarwärme zu nutzen oder für ein Contracting mit Bürger- und/oder Mitarbeiterfinanzierung zur Verfügung zu stellen.
3. Ausarbeitung eines Investitions- und Finanzierungskonzeptes für die Entwicklung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zur CO₂-Neutralität
4. aktives Divestment (finanzielle Veranlagungen nur in atomar/fossilfreien Investments)
5. Vorrangige Vergabe von Leistungen jeglicher Art an Unternehmungen, welche die damit verbundenen CO₂ Emissionen aufzeigen und diese ansatzweise einkalkulieren.
6. Freiwillige CO₂-Bepreisung für die noch nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen durch einen jährlich um 7% ansteigenden CO₂-Kostenbeitrag (Basis 2021 € 50.-/to CO₂).
7. Veröffentlichung des vorbildhaften Engagements, um damit die örtliche Bevölkerung sowie die regionale Wirtschaft einzuladen, sich aktiv in die Bewegung zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen einzubringen.
8. Unterstützung der Petition an Land, Bund und EU, in den spezifischen Ausführungsgesetzen / Verordnungen die Grundlagen für eine ökosozialgerechte, klimagerechte Kreislaufwirtschaft festzulegen und eine verursachergerechte Kostenwahrheit bei Energie, Lebensmittel und Ressourcen sicherzustellen.

Der Weg zur „Mission Zero“ in Vorarlberg

- **1999 Gründung der Arbeitsgemeinschaft erneuerbaren Energie Vorarlberg – AEEV**
- **2000 Gründung der Ökostrombörse** Fördervereinbarung von 1 Cent/kWh Stromverbrauch und direkte Zuteilung zu einzelnen Ökostromanlagen
- **2002 Gründung der Ökostrombörse Vorarlberg (AEEV, SWF, EIV und VKW)** mit Add On-Förderprodukt ÖKOPLUS bei allen Stromprodukten der Vorarlberger Stromversorger
- **2008 Gründung der VKW ÖkostromGmbH** mit Produkt ÖkostromPLUS (Aufpreis 0,7 Cent/kWh)
- **2014 Überführung der Ökostrombörse Vorarlberg in die Plattform KLIMACENT** wieder eigenständiges Förderprodukt als CO₂-Kostenbeitrag mit 1 Cent/kg CO₂-Emission
- **2018 Petition zur Investitionssicherheit für die Vorarlberger Energieautonomie** unterstützt von 28 GV-Vertretungsbeschlüssen sowie Vorarlberger NGO's
 - Eigenverantwortung der öffentlichen Hand durch einen freiwillige CO₂-Kostenbeitrag für die im eigenen Wirkungsbereich verursachten CO₂-Emissionen
 - Beseitigung sämtlicher Marktverzerrungen / Hindernissen in Gesetzen, welche nachwievor atomar/fossiler Strukturen fördern (z.B. fehlende Besteuerung Flugbenzin)
 - Einführung eines Vorarlberger Energieautonomie-Fonds, um die Infrastrukturen für eine klimaneutrale Lebens- und Wirtschaftsweise zu ermöglichen.
- **2019: Mission Zero V-Beschluss im Vorarlberger Landtag**
 - Umsetzung eines CO₂-Reduktionspfades und freiwilliger CO₂-Kostenbeitrag für die von der Landesverwaltung verursachten, aber noch nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen
- **2021: VlbG-er Energiekonzept 2030+ mit Kernstrategie: Vorbildwirkung der öffentlichen Hand**
 - Die Gemeinden sollen in hohem Maße seitens des Landes animiert werden, die Zielsetzungen von Mission Zero V für eine klimaneutrale Verwaltung zu beschließen und umzusetzen
- **2022: Aufruf der AEEV, KlimaVOR und Klimabündnis zur Klimaneutralität 2040**
- **2023: „Mission Zero Gemeinde“** Landesrichtlinie für Umsetzung der Mission ZeroV in Gemeinden
- **Aktuell: Anzahl der Gemeinden mit einem freiwilligen CO₂-Kostenbeitrag:**
46 von 96 Gemeinden, darunter die Städte Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz

Beschlussvorlage „Mission Zero“ für Gemeindevertretungen

- Jährliche Erfassung der CO₂-Emissionen der Gemeindeverwaltung auf Basis vom Verbrauch von Strom, Wärme und Mobilität
- Ausarbeitung eines CO₂-Reduktionspfades bzw. Umsetzungsplanes für Klimaschutzmaßnahmen
- Progressiver CO₂-Kostenbeitrag (2024: € 65.-/to für die noch nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen auf Basis eines jährlichen Monitoring-Berichtes
- Wahlweise Verwendung des Kostenbeitrages für Ankauf von Zertifikaten oder für regionale Projekte mit Nachweis vom zusätzlichen Klimaschutzeffekt
- Wahlweise Verwaltung des CO₂-Kostenbeitrages der Gemeindeverwaltung über Plattform Klimacent oder über Eigenverwaltung mit Zahlungsmittel hinterlegter Rücklage

Vorteile der Gemeinde bei der Nutzung der Plattform KLIMACENT:

- Einheitliche öffentliche Projektdokumentation und Vermeidung einer Überförderung
- Crowdfunding-Plattform für Zivilgesellschaft, um dem Vorbild der Gemeinde zu folgen und gemeinsam Klimaschutz-Projekte zu entwickeln und umzusetzen
- Weitere Punkte für e5-Zertifizierung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit